

Darmann warnt: Karners Gesetzentwurf ist der Weg zur Massenüberwachung!

Innenminister Karner plant Gesetz zur Überwachung von Messenger-Diensten. FPÖ und Opposition kritisieren mögliche Grundrechtseinschränkungen.



Villach, Österreich - In den kommenden Tagen wird der ÖVP-Innenminister Gerhard Karner einen Gesetzesentwurf zur Überwachung von Messenger-Diensten vorstellen, der bereits jetzt für hitzige Diskussionen sorgt. Kritiker wie der FPÖ-Sicherheitssprecher Gernot Darmann warnen, dass dieser Vorschlag nicht primär den Kampf gegen den Terrorismus unterstützen könnte, sondern vielmehr Massenüberwachung der Bevölkerung ermöglichen würde. Darmann betont, dass die Überwachung durch Karner vor allem dazu dient, von Problemen in der Migrationspolitik abzulenken und die Grund- und Freiheitsrechte der Bürger zu gefährden.

Besonders im Kontext des kürzlichen islamistischen Anschlags in

Villach, bei dem ein Jugendlicher ermordet und mehrere Menschen verletzt wurden, wird die Notwendigkeit des Gesetzes angezweifelt. Darmann kritisiert die Instrumentalisierung solcher Tragödien zu Überwachungszwecken und bringt Vorschläge wie ein Verbotsgesetz gegen den politischen Islam ins Gespräch. Er argumentiert, dass effektive Mittel zur Radikalisierungserkennung wie die Analyse von Plattformen wie TikTok ausreichen, ohne dass Messenger-Dienste überwacht werden müssen.

Der Entwurf und verwandte Diskussionen

Die Debatte über die Überwachung von Messenger-Diensten ist nicht neu und wird auch in Österreich angestoßen durch Beispiele aus Deutschland. Dort hat das Bundeskriminalamt Möglichkeiten zur Überwachung, die seit 2008 bestehen. Aktuell hat das BKA einen „Bundestrojaner“ entwickelt, um den Zugang zu verschlüsselten Nachrichten zu ermöglichen. Dies geschieht nur mit richterlichem Beschluss, jedoch wirft der Einsatz Fragen hinsichtlich des Datenschutzes auf. In Deutschland wurde der „Bundestrojaner“ laut Berichten in den letzten Jahren in mehreren Fällen unternommen, was aber nicht immer erfolgreich war. Die Diskussion über die Wirksamkeit solcher Maßnahmen ist auch in Österreich relevant, wie zuletzt durch den vereitelten Anschlag auf ein Konzert von Taylor Swift, bei dem internationale Geheimdienste involviert waren.

Karner bezeichnet die Überwachung von Messaging-Plattformen wie WhatsApp, Telegram und Signal als „zeitgemäßes Handwerkszeug“ zur Bekämpfung von Terrorismus und Spionage. Die Kritik an diesen Maßnahmen überrascht indes nicht. Meredith Whittaker, Chefin von Signal, hat sich klar gegen solche Überwachungspläne ausgesprochen und warnt vor den damit verbundenen Sicherheitsrisiken. Auch viele politische Akteure sehen die Verfassungsmäßigkeit solcher Vorschläge als bedenklich an.

Politische Reaktionen und Bedenken

Die Reaktionen auf Karners Vorstoß fallen quer durch die politische Landschaft verschieden aus. Während die FPÖ klar gegen die geplante Massenüberwachung ist, melden auch die Grünen und die NEOS Bedenken an. Vizekanzler Werner Kogler fordert grundrechtskonforme Überwachungsmaßnahmen und auch die SPÖ kritisiert, dass kein verfassungskonformer Entwurf vorgelegt wurde. Der Ruf nach Aufklärung im Zusammenhang mit dem letzten Anschlagsversuch wird immer lauter. Politische Verfolgung, Missbrauch von Daten durch Privatdetektive und andere kriminalitätsnahe Themen stehen ebenfalls im Raum und werfen ein negatives Licht auf die geplanten Überwachungsgesetze.

Insgesamt wird der kommende gesetzgeberische Akt in der politischen Diskussion und Expertenansicht als ein potenzieller Einschnitt in den Datenschutz und die Grundrechte der Bürger wahrgenommen. Die Fronten sind klar gezogen, und es bleibt abzuwarten, wie die Regierung auf die breite Kritik reagieren wird. Die gesellschaftlichen und politischen Implikationen dieser Diskussion werden noch lange nachwirken, da die Balance zwischen Sicherheit und Freiheit weiterhin ein sensibles Thema bleibt.

Für weitere Informationen über die Debatte zur Überwachung von Messenger-Diensten in Österreich, lesen Sie die Artikel von **OTS**, **Puls24** und **Fass ohne Boden**.

Details	
Vorfall	Terrorismus
Ursache	islamistischer Anschlag
Ort	Villach, Österreich
Verletzte	1
Quellen	• www.ots.at • www.puls24.at • www.fob.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at